Prüfungsarbeit eines Bewerbers

An den Mandanten

Anlage 6:
… ist eine eidesstattliche Erklärung von R. Blackmore, dass das wiedergegebene Kapitel in schriftlicher Form an die Öffentlichkeit vor dem 13.12.03 ausgehändigt wurde.

Die eidesstattliche Erklärung enthält jedoch keine Angaben dazu, wann (Datum) der Artikel ausgeteilt wurde sowie die weiteren Umstände (welche Konferenz, Konferenzort, Konferenzteilnehmer, unterlagen die Konferenzteilnehmer einer Geheimhaltungsvereinbarung – wovon nicht auszugehen ist). RiLi D-V, 3.1.2

Auf Basis solcher hier fehlender Angaben stellt die Einspruchsabteilung die Relevanz der Zugänglichmachung fest.

Diese Angaben gehören zu den Beweismitteln.
Beweismittel können nachgereicht werden (RiLi D-IV, 1.2.2.1 v) vorletzter Absatz).
Deshalb reichen Sie mir die Angaben schnellstmöglich nach, damit ich diese einreichen kann.

Wir können Anlage 6 also verwenden, wenn Angaben zu Ort, Datum, Teilnehmerart, Geheimhaltungsumstände nachgereicht werden.

Wenn die Patentinhaberin die Zugänglichmachung bestreitet, muss die Einspruchsabteilung weitere Beweise erheben, wenn diese angeboten werden.
RiLi D-V, 3.1.2
Wir müssen die Vernehmung von R. Blackmore als Zeuge anbieten.

Dies gilt insbesondere, da die Einspruchsabteilung bei ihrer Entscheidung eine eidesstattliche Versicherung (Beweismittel gemäß A117(1)) nicht berücksichtigt, wenn diese Tatsachenbehauptung von der Gegenseite bestritten wird (RiLi E-IV, 1.2).

Der Zeuge wird geladen werden, wenn wir dies anbieten. Wird der Zeuge nicht angeboten, so berücksichtigt die Einspruchsabteilung die Versicherung nicht weiter (RiLi E-IV, 1.2).

Die Zeugenvernahme ist also in unserem Interesse. Wenn sie die Zeugenvernahme nicht anbieten, kann keine Zeugenvernahme von R. Blackmore vorgenommen werden, auch wenn die Patentinhaberin dies beantragt. (nur möglich, wenn Blackmore sich über die Patentinhaberin laden lässt)

R. Blackmore kann beantragen, dass er vor dem zuständigen Gericht in seinem Wohnsitzstaat vernommen wird R 120(1) + A117(1)d)
(RiLi E-IV, 3.2.2 iv)).

Zusätzliche abhängige Ansprüche

Prinzipiell darf die Patentinhaberin die Ansprüche im Einspruchsverfahren ändern, wenn dadurch die Offenbarung gegenüber den ursprünglich eingereichten Unterlagen nicht erweitert und der Schutzbereich des Patentes gegenüber der erteilten Fassung nicht erweitert wird A123(2) und (3). RiLi D-V 5 und 6

Die Einführung zusätzlicher abhängiger Ansprüche kann keine Reaktion auf einen Einspruchsgrund nach A100 sein, da die unabhängigen Ansprüche (und somit auch die abhängigen (RiLi C-IV, 11.12)) Ansprüche neu, erfinderisch, gewerblich anwendbar und technisch sein müssen.

Da Änderungen im Einspruchsverfahren nur O.K. sind, die durch einen Einspruchsgrund veranlasst sind, ist die Einfügung neuer abhängiger Ansprüche nicht zulässig. R80

Wiedergabe von Informationen

Anspruch 3 umfasst neben der Gebrauchsanleitung (Wiedergabe von Informationen bzw. Anweisungen an menschlichen Geist) eine wässrige Tinte und somit technische Merkmale.

Es muss das Erzeugnis des Anspruchs 3 als Ganzes geprüft werden (RiLi C-IV, 2.3.5).

In Analogie zu T 553/02 ist das Erzeugnis als Ganzes nicht nach Artikel 52(2) vom Patentschutz ausgeschlossen.

Die Tinte an sich muss neu und erfinderisch sein.

⇒ Anspruch 3 ist nicht schon aus diesem Grund ungültig.

Einspruchsbegründung

A. Zeitrang der Ansprüche

Das Patent EP 1 702 008 B1, im Folgenden Streitpatent genannt, nimmt keine Priorität in Anspruch.
Alle Ansprüche weisen den Anmeldetag (13.02.2003) als effektiven Zeitrang auf.

B. Verwendete Dokumente

A1 (DE) Streitpatent (angegriffenes Patent)

A2 (EN) : A2 ist ein Artikel einer Fachzeitschrift der Ausgabe 123 aus dem Jahre 2002.

Das genaue Veröffentlichungsdatum kann A2 nicht entnommen werden. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass A2 im Jahre 2002 und somit vor dem effektiven Zeitrang der Ansprüche 1-7 veröffentlicht wurde.

Ein Nachweis über das genaue Veröffentlichungsdatum wird nachgereicht.
→ Stand der Technik nach A54(2) EPÜ.

A3 (DE): wurde am 22.08.1985 veröffentlicht und ist somit Stand der Technik nach Artikel 54(2) EPÜ.

A4 (EN): wurde am 22.08.1967 veröffentlicht und ist somit Stand der Technik nach Artikel 54(2) EPÜ.

A5 (DE): wurde am 28.02.2001 veröffentlicht und ist somit Stand der Technik nach Artikel 54(2) EPÜ.

A6 (DE): ist eine eidesstattliche Versicherung von Herrn R. Blackmore, in der er versichert, dass der nach der Versicherung abgedruckte Text in schriftlicher Form vor dem 13.02.03 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Es werden weitere Beweismittel nachgereicht werden, die belegen, wann und wo der schriftliche Text welchem Personenkreis unter welchen Bedingungen ausgehändigt wurde. Das Nachreichen von Beweismitteln ist zulässig (RiLi D-IV, 1.2.2.1.v)).

Ferner wird hiermit die Zeugenvernahme des Herrn R. Blackmore angeboten und bereits jetzt darauf hingewiesen, dass dieser eine Vernahme vor dem zuständigen Gericht in seinem Wohnsitzstaat (GB) beantragen wird gemäß R120(1).

Herr R. Blackmore ist zu laden über die Einsprechende.

Somit ist A6 ein Beleg für die Zugänglichkeit des in A6 abgedruckten Textes vor dem 13.02.2003. A6 wird deshalb als Stand der Technik nach Artikel 54(2) EPÜ angesehen.

Da sämtliche Dokumente vor dem effektiven Zeitrang der Ansprüche 1-7 der Öffentlichkeit zugänglich waren, sind diese für die Diskussion von Neuheit und erfinderischer Tätigkeit aller Ansprüche relevant.

C. Einspruchsgründe

1. Anspruch 1 (unabhängig)

1.1 A54(2) mangelnde Neuheit gegenüber A5

A5 offenbart eine Vorrichtung (S. 37, Z.7: herkömmlicher Elektroofen, S.38, Figur 2) zum Sterilisieren. Der Ofen in A5 wurde auf 120°C eingestellt (S. 37, Z. 7-8). Gemäß Streitpatent findet eine wirksame Abtötung von Keimen, also eine wirksame Sterilisation, bei mindestens 105°C statt (S. 4, Z. 20-23). Somit findet auch im Elektroofen in A5 (bei 120°C) wirksame Sterilisation statt und der Ofen ist eine Vorrichtung zum Sterilisieren. Gemäß RiLi C-III, 4.13 muss sich eine Vorrichtung „zum Sterilisieren“ nur „zum Sterilisieren“ eignen. Dies ist hier gegeben.

Die Vorrichtung (der Ofen) umfasst eine Sterilisationskammer (S. 38, Figur 2: Ofeninnenraum) mir einer Tür (6) (S. 38, Figur 2: 6, S. 37, Z. 7: Glastür) und einer elektrischen Wärmequelle, die zum Erhöhen der Temperatur in der Kammer fähig ist (S. 37, Z. 7: „Elektroofen“ offenbart das Erhitzen des Ofeninnenraumes mit einer elektrischen Wärmequelle. Dass hier kein Elektroofen im Sinne von Herdplatten beschrieben ist, ergibt sich aus der Zusammenschau von Seite 37, Zeilen 6-8 mit Figur 2, S. 38).

Die Vorrichtung (der Ofen) umfasst eine Einrichtung (5) zum Einstellen der gewünschten Temperatur (S. 37, Z. 6-8 und S. 38, Figur 2, (4) für Temperatur = 120°C, (5) für Einrichtung zur Temperatureinstellung).

Im Ofeninnenraum befindet sich eine Aufnahmeplatte (7) zur Aufnahme eines zu sterilisierenden Gegenstandes (S. 37, Z. 6-8: Aufnahmeplatte für Fast-Food-Zubereitung). Die Erhitzung der Fast-Food-Zubereitung entspricht – wie oben bereits beschrieben – einer Sterilisation.

Die Vorrichtung (der Ofen) ist mit einem Fenster in Form einer Glastür (S. 37, Z. 7) versehen, welche – wie aus der Figur 2 auf Seite 38 ersichtlich ist – durchsichtig ist und somit als Fenster bezeichnet werden kann.

Der Begriff Fenster ist im Streitpatent nicht näher erläutert und ist deshalb breit in Bezug auf Grad der „Durchsichtigkeit“ und Größe auszulegen. Wichtig ist jedoch, dass durch das Fenster der Gegenstand auf der Aufnahmeplatte während des Sterilisationsvorgangs (während des Erhitzens) beobachtet werden kann. Dies ist hier – in A5 gegeben, da – wie aus Figur 2 (Seite 38) ersichtlich – bei der Temperatur von 120°C (also beim Sterilisieren) das Fast-Food beobachtet werden kann.

Somit offenbart die in Figur 2 in A5 offenbarte „Ausführungsform“ Elektroofen sämtliche Merkmale des Anspruchs 1.

Anspruch 1 ist deshalb nicht neu gegenüber A5 (A52(1) + A54(2) EPÜ).

1.2 A56 mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A4 + A2

Die Einsprechende ist der Auffassung, dass der Anspruch 1 nicht neu gegenüber A5 ist (siehe 1.1). Sollte die Einspruchsabteilung der Argumentation der Einsprechenden unter 1.1 nicht folgen, präsentiert die Einsprechende hilfsweise folgenden Angriff aufgrund mangelnder erfinderischer Tätigkeit:

A4 ist für Anspruch 1 der nächstliegende Stand der Technik, da A4 ebenfalls auf dem technischen Gebiet der Vorrichtungen zum Sterilisieren liegt (S. 16, Z. 16). Wie im Streitpatent liegt in A4 die zu Grunde liegende Aufgabe darin, eine verbesserte Sterilisation zu erreichen (S. 16, Z. 17-18). Auch die Vorrichtung in A4 umfasst eine Sterilisationskammer, die erhitzt werden kann (S. 16, Z. 16-17) und befasst sich damit, wie der Sterilisationsvorgang überwacht werden kann (S. 16, Z. 26-28).

A5 offenbart in der Ausführungsform Figur 1 ebenfalls eine Vorrichtung zur Sterilisation, kommt aber nicht als nächstliegender Stand der Technik in Frage, da sich nicht mit der Überwachung des Sterilisationsvorgangs befasst, sondern den Sterilisationserfolg nachträglich prüft (S. 36, Z. 26-27). Zudem lehrt A5 ausdrücklich in die Vorrichtung gemäß Figur 1 keine Fenster einzubauen (S. 36, Z. 17-19).

A4 offenbart eine Vorrichtung (1) zum Sterilisieren umfassend eine Sterilisationskammer (chamber für receiving an object to be sterilized) und eine Tür
(S. 17, Z. 16-19, Figur 1 und 2), sowie eine elektrische Wärmequelle, die zum Erhöhen der Temperatur in der Kammer fähig ist (S. 16, Z. 21: an electical source of heat to raise the temperature within the chamber).

Die Vorrichtung umfasst ferner eine Einrichtung (4) zum Einstellen der gewünschten Temperatur (S. 16, Z. 22: temperature control knob to set the temperature, S. 17, Z. 9-10: temperature control knob (4), Figur 2) und eine Aufnahmeplatte zur Aufnahme eines zu sterilisierenden Gegenstands in der Kammer (S. 16, Z. 23: tray (= Brett entsprechend Aufnahmeplatte) within the chamber for receiving the object to be sterilized).

Anspruch 1 unterscheidet sich von der Offenbarung der Anlage A4 darin, dass die Vorrichtung mit einem Fenster versehen ist, welches sich zum Beobachten des Gegenstandes auf der Aufnahmeplatte während der Sterilisation eignet.

Dies bewirkt den Effekt, dass das die Vorrichtung bedienende Personal ständig überwachen kann, ob etwas in der Vorrichtung schief geht (S.4, Z. 10-11).

Dies löst die Aufgabe den Sterilisationsvorgang ununterbrochen überwachen und so feststellen zu können, ob in der Vorrichtung alles in Ordnung ist.

A2 liegt ebenfalls auf dem Gebiet der Sterilisation und somit auf demselben technischen Gebiet. Der Fachmann würde die Dokumente A2 und A4 insbesondere deshalb kombinieren, da sich auch A2 mit der Überwachung von Sterilisationsvorgängen während des Vorganges selbst (ständige Überwachung) befasst.

A2 offenbart eine Vorrichtung zur Sterilisation, welche ein durchsichtiges Feld (also ein Fenster) aufweist, durch welches in das Inneren der Vorrichtung hineingesehen werden kann (S. 27, Z. 17-19). Gemäß A2 ermöglicht es das Fenster, dass der den Vorgang Durchführende (Operator) sehen kann, ob in der Vorrichtung etwas schief geht (S. 27, Z. 19-21).

A2 lehrt also explizit ein Fenster in eine Sterilisationsvorrichtung einzusetzen, um so kontrollieren zu können, ob in der Vorrichtung alles in Ordnung ist und löst somit die gestellte objektive technische Aufgabe.

Der Fachmann hätte keinerlei Schwierigkeiten diese Lehre auf die Vorrichtung in A4 zu übertragen. Dies gilt insbesondere, da A4 selbst nach Möglichkeiten sucht, das Verfahren zu überwachen und bemängelt, dass der Operator nicht in die Vorrichtung hineinsehen kann
(S. 16, Z. 29-30).

A2 präsentiert eine alternative Lösung zum Problem der A4, welche nicht nur bei Sterilisation durch Hitze, sondern auch durch chemische Sterilisationsmittel verwendbar ist
(vgl. S. 17, Z. 10-11).

Der Fachmann wird die Vorteile der Lehre von A2 für sämtliche Ausführungsformen in A4 erkennen und ohne Ausübung einer erfinderischen Tätigkeit zum Gegenstand des Anspruchs 1 gelangen, der deshalb nicht naheliegend ist.

Anspruch 1 mangelt es folglich an erfinderischer Tätigkeit gegenüber A4 + A2.

2. Anspruch 2

A2 ist nächstliegender SdT siehe Gründe in 1.1

A2 offenbart zudem folgendes:

Die Vorrichtung (1) in A2 ist hermetisch abdichtbar (S.16, Z. 17) und enthält eine Quelle eines chemischen Sterilisationsmittels (6) (S. 16, Z. 17-18: a source of a chemical sterilising agent, Figur 2, S. 17, Z. 10-11) sowie eine Steuereinrichtung (7) zum Steuern der Zuführung des Mittels in die Kammer (S. 17, Z. 11: source (6) connected to the apparatus via a valve (7), Figur 2). Ein Ventil (Valve) kann weniger oder mehr bzw. gar keinen Durchfluss zulassen und ist deshalb eine Steuereinrichtung zur Steuerung der Zuführung des Mittels in die Kammer.

Somit beruht Anspruch 2 aus denselben Gründen wie Anspruch 1 nicht auf erfinderischer Tätigkeit.

3. Anspruch 3 (unabhängig)

3.1 A54(2) mangelnde Neuheit gegenüber A2

Anspruch 3 umfasst technische Merkmale sowie einen Teil, der sich nur auf von der Patentierbarkeit ausgeschlossene Gegenstände gemäß Artikel 52(2)c) bezieht.

Bei der Prüfung auf Neuheit und erfinderische Tätigkeit sind lediglich die technischen Merkmale des Anspruchs 3 zu berücksichtigen (T641/00).

A2 offenbart ein Erzeugnis umfassend eine wässrige Tinte (S. 27, Z. 12-13: „…inks…by diluting the material within water“ = wässrige Tinte).

Die Materialien in A2 sind die in den Tabellen aufgeführten Indikatoren (S. 27, Z. 12 iVm S. 26, Z. 20-34 und S. 27, Z. 1-8).

Die Indikatoren ändern unter Wasserdampf (S. 26, Z. 21: steam), UV-Licht (S. 26, Z. 28) oder Einwirkung von Oxidationsmitteln wie Wasserstoffperoxid (S. 27, Z. 5) ihre Farben (siehe Tabellen). Wasserdampf, UV-Licht und Wasserstoffperoxid sind gemäß Streitpatent Sterilisationsmittel (S. 4, Z. 5 für Wasserdampf, S. 5, Z. 25 für UV-Licht, S. 6, Z. 27-29 für Wasserstoffperoxid).

Somit offenbart A2 sämtliche technischen Merkmale des Anspruchs 3, der damit nicht neu ist (A52(1) + A54(2) EPÜ).

4. Anspruch 4 (unabhängig)

4.1 A56 mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A3 + A2

Nächstliegender Stand der Technik ist A3, da nur A3 sich mit Haftetiketten befasst. Da A3 zudem auf dem Gebiet der Haftetiketten liegt, die ihre Farbe wechseln können (vgl. S. 13, Z. 28-31), würde der Fachmann A3 zweifelsohne berücksichtigen.

A3 offenbart ein Haftetikett (S. 14, Z. 17: Aufkleber, S. 12, Z. 26-27: „Aufkleber, d.h. eines Haftetiketts“) umfassend einen Barcode (S. 14, Z. 17-19). Barcodes sind gut maschinenlesbar (S. 13, Z. 6-7) und somit „maschinenlesbare Codes“. Die Farbe des maschinenlesbaren Codes ist durch Oxidation veränderbar (S. 14, Z. 22). Oxidation wird durch Oxidationsmittel erreicht (vgl. S. 14, Z. 11-12).

A3 offenbart einen Barcode aus Alu-B (S. 14, Z.11-12), welcher durch Einwirkung eines Oxidationsmittels weiß wird.

Gemäß A2 ist Alu-B ein Indikator, der durch Einwirkung von oxidierenden Sterilisationsmitteln (also Oxidationsmitteln) die Farbe von schwarz nach weiß wechselt (S. 27, Z. 3 und 8).
Der Barcode in A3 wechselt durch Einwirkung von Wasserstoffperoxid (chemisches Sterilisationsmittel gemäß Streitpatent (S. 6, Z. 27-29)) die Farbe von schwarz zu weiß.

Anspruch 4 unterscheidet sich somit dadurch von A3, dass die Farbe statt von schwarz zu weiß von weiß zu schwarz wechselt.

Dies bewirkt keinen technischen Effekt.
Gemäß Streitpatent ist eine Farbveränderung von weiß zu schwarz mit einem besonders starken Kontrast verbunden, der für die Maschinenlesbarkeit vorteilhaft ist (S. 6, Z. 15-17). Eine Farbveränderung in die entgegengesetzte Richtung (schwarz zu weiß) ist jedoch mit demselben Kontrast verbunden, so dass kein technischer Effekt aus diesem Unterschied zwischen A3 und Anspruch 3 resultieren kann.

Deshalb bestand die objektive technische Aufgabe darin, eine Alternative zu den in A3 offenbarten Haftetiketten bereitzustellen.

A2 liegt ebenfalls auf dem Gebiet der Indikatoren / Substanzen, die durch die Einwirkung von Oxidationsmitteln die Farbe wechseln (S. 27, Z. 1-9). Da in A3 ausdrücklich nach Substanzen gesucht wird, welche Farbveränderungen von weiß zu schwarz zeigen (S. 13, Z. 31-33) würde der Fachmann A2, welches auf demselben technischen Gebiet liegt und zudem Substanzen offenbart, die entsprechende Farbwechsel zeigen, zweifelsohne mit A3 kombinieren.

A2 offenbart neben dem in A3 beschriebenen Alu-B (S. 14, Z. 11) Alu-W (S. 27, Z. 7+8), welches eben den gesuchten Farbwechsel von weiß zu schwarz bei Einwirkung von oxidierenden Sterilisationsmitteln wie Wasserstoffperoxid (chemisches Sterilisationsmittel gemäß Streitpatent (S. 6, Z. 27-29)) zeigt.

Da in A3 nach Substanzen gesucht wird, die eben diesen Farbwechsel zeigen, würde der Fachmann der Lehre von A2 folgen und das Haftetikett mit Barcode (maschinenlesbarer Code) in A3 mit Alu-W herstellen.
Dazu müsste der Fachmann nicht erfinderisch tätig werden, da diese Alternative naheliegt.

Folglich mangelt es dem Gegenstand des Anspruchs 4 an erfinderischer Tätigkeit gegenüber A3 + A2.

5. Anspruch 5

5.1 A56 A3 + A2 + A6

Nächstl. SdT ist A3 siehe 4.1.

Anspruch 5 unterscheidet sich von A3 zusätzlich durch das Merkmal Smartcode.

Dies bewirkt den Effekt der größeren Datenmengen und größerer Unempfindlichkeit gegen Zerstörung (S.6, Z. 4-10).

Dieser Effekt kann einzeln diskutiert werden.
Aufgabe ist Erreichen eben dieses Effektes.

A6 offenbart, Smartcode zur Erreichung dieses Effektes einzusetzen (S. 40, Z. 6-11).

⇒ Naheliegend.

6. Anspruch 6 (unabhängig)

6.1 mangelnde erfinderische Tätigkeit A56 gegenüber A5 + A2

Nächstliegender Stand der Technik ist A5, da nur A5 sich mit einem Sterilisationsverfahren unter gleichzeitiger Einwirkung von Wärme, chemischem Sterilisationsmittel und UV-Licht befasst und dabei zudem die Sterilisation vor Reagenzgläsern vorstellt (S. 37, Z. 3).

A5 offenbart ein Verfahren zum Sterilisieren eines Reagenzglases (S. 37, Z. 13-16 in Verbindung mit Z. 1-3). Der Begriff Reagenzglas ist im Streitpatent nicht näher definiert, deshalb ist dieser Begriff weit auszulegen und umfasst nicht nur Reagenzgläser aus Glas, sondern auch solche aus thermoplastischem Material.

A5 beschreibt allgemein Verfahren zur Sterilisation von Behältern aus thermoplastischem Material und insbesondere von Lebensmittelbehältern, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die thermoplastischen Behälter auch Reagenzgläser sein können.

Das Verfahren zum Sterilisieren der Reagenzgläser in A5 umfasst folgende Schritte:

a) Aufbringen eines Barcodes auf den Behälter (= Reagenzglas) (S. 36, Z. 26-29)
b) gleichzeitiges Aussetzen des gekennzeichneten Behälters (Reagenzglases) einer Temperatur zwischen 100 und 120°C, einem chemischen Sterilisationsmittel in der Gasphase und einer Bestrahlung mit UV-Licht (S. 37, Z. 13-16).

Der Temperaturbereich von 100-120°C in A5 nimmt die Temperatur von mindestens 105°C neuheitsschädlich vorweg, da die Bedingungen für eine erfinderische Auswahl gemäß T198/84, T279/89, RiLi C-IV, 9.8 nicht erfüllt sind. Der Bereich ist nicht eng, nicht weit von den Eckpunkten entfernt und mit keiner neuen technischen Lehre verknüpft. Geht man davon aus, dass der Fachmann aus „mindestens 105°C“ Temperaturen oberhalb 120°C herausliest, würden sich der beanspruchte und der offenbarte Bereich überschneiden. Auch in diesem Fall wäre der beanspruchte Bereich nicht neu, da der Fachmann sicherlich in Betracht gezogen hätte, im Überschneidungsbereich zu arbeiten (T26/85).

Die Ausdrücke „chemisches Sterilisationsmittel in der Gasphase“ im Streitpatent und „gasförmiges chemisches Sterilisationsmittel“ in A5 haben eine identische Bedeutung.

Anspruch 6 unterscheidet sich somit dadurch von A5, dass der Barcode auf dem Reagenzglas keinen Sterilisationsindikator enthält, der in der Lage ist, unter Einwirkung des chemischen Sterilisationsindikators oder des UV-Lichts sein Aussehen zu verändern.

Dies bewirkt den Effekt, dass sich am Gegenstand selber ablesen lässt, ob er sterilisiert ist (S. 5, Z. 17-19).

Dies löst die Aufgabe die Reagenzgläser so zu markieren, dass ihnen angesehen werden kann, ob sie sterilisiert sind.

A2 liegt ebenfalls auf dem Gebiet der Sterilisationsverfahren. Der Fachmann würde A2 und A5 kombinieren und dabei A2 die Lehre entnehmen, dass jedes Individuum (jedes Reagenzglas) die Information enthält, ob es sterilisiert ist oder nicht, wenn ein Sterilisationsindikator direkt auf dem Individuum aufgebracht ist (S. 27, Z. 12-15).
Die Indikatoren in A2 sind Substanzen, die bei Einwirkung von UV-Licht (S. 26, Z. 28-34) bzw. chemischen Sterilisationsmitteln (S. 27, Z. 1-9) die Farbe wechseln.

Die Lehre der A2 auf das Verfahren von A5 anzuwenden lag also nah.
Deshalb ist Anspruch 6 nicht erfinderisch.

7. Anspruch 7 (abh.)

7.1 mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A5 + A2 + A6

Nächstliegender Stand der Technik ist A3 aus denselben Gründen wie unter 6.1

Anspruch 7 unterscheidet sich zusätzlich zu den unter 6.1 diskutierten Merkmalen von A5 durch den Einsatz von H_2O_2.

Dies bewirkt den Effekt, dass keine gefährlichen Bestandteile nach der Sterilisation zurückbleiben (S. 6, Z. 27-30).

Dieser Effekt steht mit dem unter 6.1 diskutierten Effekt in keinem synergistischen Zusammenhang, so dass die erfinderische Tätigkeit einzeln diskutiert werden kann (RiLi C-IV, 11.5; 11.7.2; 11.8).

Dieser zusätzliche Effekt löst die Aufgabe ein Sterilisationsmittel einzusetzen, das keine gefährlichen Bestandteile freisetzt.

A6 offenbart aus genau diesem Grunde H_2O_2 als chemisches Sterilisationsmittel einzusetzen (S. 39, Z. 11-15).

Der Fachmann würde dieser Lehre folgen, da A6 zudem beschreibt, dass die vorteilhaften Eigenschaften insbesondere eintreten, wenn gasförmiges H_2O_2 + UV-Licht + Hitze zur Sterilisation eingesetzt werden (S. 39, Z. 26-29).

$\rightarrow$ A7 naheliegend.

Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets

Einspruch gegen ein europäisches Patent

I. Angegriffenes Patent

Patentnummer	EP 1 702 008 B1
Anmeldenummer	
Tag des Hinweises auf Erteilung im Europäischen Patentblatt (Art. 97 (3), Art. 99 (1) EPÜ)	
Bezeichnung der Erfindung (Titel):	Konzept zur Überwachung eines Sterilisationsverfahrens

II. In der Patentschrift als Erster genannter **Patentinhaber**

	Dean, Parker and Hamer Associated
Zeichen des Einsprechenden oder Vertreters (max. 15 Positionen)	

III. Einsprechender

Name	Morse, Stephen
Anschrift	Silhouette Gatan 3 S-92137 Hagström Schweden
Staat des Wohnsitzes oder Sitzes	
Staatsangehörigkeit	Schweden
Telefon/Fax	
Gemeinsamer Einspruch (Miteinsprechende siehe Zusatzblatt)	☐

IV. Bevollmächtigung

1. Vertreter (Nur einen Vertreter oder den Namen des Zusammenschlusses angeben, an den zugestellt werden soll)	Vai, MacAllpain & Partners
Geschäftsanschrift	Saitenstraße 6 D-81335 München
Telefon/Fax	
Weitere zugelassene Vertreter (siehe Zusatzblatt/Vollmacht)	☐
	Zeichen des Einsprechenden

2. Angestellte(r) des Einsprechenden, die/der für dieses Einspruchsverfahren gemäß Art. 133 (3) EPÜ bevollmächtigt werden/wird

Vollmacht(en) zu 1./2.

nicht erforderlich ☒

registriert unter Nr. ☐

beigefügt ☐

V. Der Einspruch richtet sich gegen das erteilte Patent

• im gesamten Umfang ☒

• im Umfang der Ansprüche Nr.

VI. Einspruchsgründe:

Der Einspruch wird darauf gestützt, dass

a) der Gegenstand des eurpäischen Patents nicht patentfähig ist (Art. 100 (a) EPÜ), weil er

• nicht neu ist (Art. 52 (1); Art. 54 EPÜ) ☒

• nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht (Art. 52 (1); Art. 56 EPÜ) ☒

• aus sonstigen Gründen von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist, nämlich wegen ☐ Art.

b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich offenbart, dass ein Fachmann sie ausführen kann (Art. 100 (b) EPÜ; vgl. Art. 83 EPÜ). ☐

c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung/der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Art. 100 (c) EPÜ, vgl. Art. 123 (2) EPÜ). ☐

VII. Tatsachenvorbringen (Regel 76 (2) (c) EPÜ) erfolgt auf gesondertem Schriftstück (Anlage 1) ☒

VIII. Sonstige Anträge:

hilfsweise mündliche Verhandlung
Vernehmung des Zeugen R. Blackmore zu laden über die Einsprechende

Zeichen des Einsprechenden

IX. Beweismittel

Beweismittel sind beigefügt ☐

werden nachgereicht ☐

A. Veröffentlichungen:

1

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

2

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

3

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

4

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

5

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

6

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

Fortsetzung auf Zusatzblatt ☐

B. Sonstige Beweismittel

Weitere Angaben auf Zusatzblatt ☐

Zeichen des Einsprechenden

X. Zahlung der Einspruchsgebühr erfolgt

- wie auf beigefügtem Gebührenzahlungsvordruck (EPA Form 1010) angegeben ☒
- über die Online-Dienste des EPA ☐

XI. Liste der Unterlagen

Anlage Nr.:

0 Einspruchsformblatt ☒

1 Tatsachenvorbringen (s. VII.) ☒

2 Kopien von als Beweismittel angegebenen (s. IX.)

a Veröffentlichungen ☐

b sonstigen Unterlagen ☐

3 Unterzeichnete Vollmacht(en) (s. IV.) ☐

4 Gebührenzahlungsvordruck (s. X.) ☒

5 Zusatzblatt (Zusatzblätter) ☐ Blattzahl

6 Sonstige Unterlagen ☒

Bitte einzeln anführen:

Empfangsbestätigung

XII. Unterschrift des Einsprechenden oder Vertreters

Ort	München
Datum	06.03.2008
Unterschrift(en)	
Name des (der) Unterzeichneten (in Druckschrift)	MacAllpain, Mac
Bei juristischen Personen die Stellung des (der) Unterzeichneten innerhalb der Gesellschaft angeben.	

Zeichen des Einsprechenden